

**Dienstaufwandsentschädigung für  
den Oberbürgermeister**

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00353**

**Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 28.05.2014**  
Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag des Referenten**

Gemäß § 3 Abs. 2 S. 1 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt München und Art. 46 Abs. 1 S. 1 KWBG erhalten die berufsmäßigen Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister und die berufsmäßigen Stadträtinnen bzw. Stadträte eine angemessene Dienstaufwandsentschädigung, die zu Beginn der Amtszeit durch Beschluss der Stadtratsvollversammlung festgesetzt wird (§ 3 Abs. 2 S. 2 Hauptsatzung; Art. 46 Abs. 2 S. 1 KWBG). Sie muss sich innerhalb der in der Anlage 2 zu Art. 46 Abs. 1 KWBG bestimmten Beträge halten. Nach Buchstabe A Ziff. 2 c) der Anlage 2 kann die Höhe der Dienstaufwandsentschädigung für den Oberbürgermeister im Rahmen zwischen 687,56 € und 1.323,63 € festgesetzt werden. Die gesetzliche Regelung stellt für diesen Rahmensatz generell darauf ab, ob die Einwohnerzahl der kreisfreien Gemeinde über 100 000 liegt. Die Dienstaufwandsentschädigung soll gemäß Art. 46 Abs. 1 Satz 1 KWBG die durch das Amt bedingten Mehraufwendungen in der Lebensführung ausgleichen. In der Millionenstadt München liegen die Mehraufwendungen im Vergleich zu den anderen Gemeinden mit über 100.000 Einwohnern naturgemäß an der Höchstgrenze.

Die Gleichbehandlung mit den berufsmäßigen Stadträten der Landeshauptstadt München erfordert es, dass der Oberbürgermeister insoweit nicht schlechter gestellt wird. Somit ist die Festsetzung auf den gesetzlichen Höchstsatz angemessen.

Gemäß Art. 54 Abs. 1 Satz 3 KWBG kann auf die Dienstaufwandsentschädigung weder ganz noch teilweise verzichtet werden.

Das Einverständnis des betroffenen kommunalen Wahlbeamten zur Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung ist nicht erforderlich.

**Anhörung des Bezirksausschusses**

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

## **II. Antrag des Referenten**

1. Die Dienstaufwandsentschädigung für den Oberbürgermeister wird beginnend ab 01.05.2014 auf 1.323,63 € monatlich festgesetzt.
2. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

## **III. Beschluss**

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die/Der Vorsitzende

Der Referent

Oberbürgermeister/3. Bürgermeisterin  
ea. Stadträtin/ea. Stadtrat

Josef Schmid  
2. Bürgermeister

## **IV. Abdruck von I. mit III. über den Stenografischen Sitzungsdienst**

**an das Direktorium - Dokumentationsstelle  
an das Personal- und Organisationsreferat  
z.K.**

## **V. Wv. Direktorium Geschäftsleitung**